PLATTFORM NEWS

5. 11. 2008: 30 Jahre NEIN zum AKW Zwentendorf

PN 3/2008

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE) · NOVEMBER 2008 · EURO 2,–

INTERSOL / PLAGE:

Über 250 Solarkocher in Indien

Jüngste Solarkocher-Schulung im Barli-Institut

Bislang sind durch das Schul- und Gemeindeprojekt von PLAGE/ Intersol über 250 Solarkocher in Indien im Einsatz. 143 davon wurden durch das *Barli Development Institute for Rural Women* verbreitet (Juni 2002 – Mai 2008); 80 durch das *Eco-Center ICNEER* (2000-2002); 20 durch die Anti-Atom-Gruppe *Sampoorna Kranti Vidyalaya* – an Erdbebenopfer in Gujarat (2001); darüber hinaus wurden dank der Initiative und in Kooperation mit dem Salzburger Verein *InterSol* bis Ende 2006 weitere 39 Kocher durch Gelder von Salzburger Gemeinden in Südindien in Einsatz gebracht (Informationen zu letzterer Kooperation unter www.intersol.at).
Im April überwiesen wir 5.000 Euro Spenden für das Solarkocher-Projekt an unsere Partner Janak und Jimmy McGilligan vom *Barli Development Institute for Rural Women*. Bald darauf traf deren Bericht über die jüngste Solarkocher-Schulung ein.

Die zukünftigen Solarkocher-Besitzerinnen

Originalton Barli-Institut:

Beim Lesen der Infos

Zwölf ehemalige Schülerinnen des Barli-Instituts nahmen vom 1. bis 7. Mai 2008 an einem Solarkocher-Training teil, um zu lernen, wie man einen Solarkocher baut, benützt und pflegt. Alle Kursabsolventinnen können am Ende des Kurses einen Kocher mit nach Hause nehmen und bezahlen 1.000 von 6.000 Rupien Kocher-Kosten als Selbstbehalt. (Anm. PLAGE: 1.000 Rupien sind ca. 15 Euro; 6.000 Rupien stellen bereits einen reduzierten Sonderpreis unserer Partner und Kocherproduzenten von Green-Solution dar.)
Die verbleibenden 5.000 Rupien werden von der Organisation PLAGE aus Österreich bezahlt. Dieses Geld ist zum einen von Schülerinnen und Schülern in Salzburg gesammelt worden und wurde zum anderen durch Spenden von Privatpersonen und Organisationen (zB Wiener Plattform Atomfreie Zukunft) aufgebracht.
Bis heute konnten dadurch 143 Kocher finanziert werden, die hauptsächlich in den ländlichen Regi-

Schülerinnen bauen den Kocher

onen des Bundesstaates Madhya Pradesh im Einsatz sind.
Zu Beginn des Solarkocher-Trainings erhalten alle Teilnehmerinnen Unterlagen, die in ihrer Muttersprache abgefasst sind - da viele der Schülerinnen erst seit kurzem lesen und schreiben können. (Anm.: Wie PN-Leser wissen, werden am Barli-Institut junge Frauen aus ländlichen Gebieten 6 Monate lang schulisch ausgebildet, die zu über 90% zuvor Analphabetinnen waren. 75% schaffen nach diesen 6 Monaten die Grundschulabschluss-Prüfung an einer staatlichen Schule!)

Motivation: Die Vorteile

Zunächst werden diese Materialien durchgelesen und durchgearbeitet, um zu verstehen:

1) Warum sie Solarkocher verwenden sollen.
2) Wie der Solarkocher ihre Gesundheit und die Gesundheit von Kindern positiv beeinflussen kann und welche anderen Auswirkungen er auf die Dorfgeminschaft haben könnte.
3) Welche Auswirkungen die Nutzung des Solarkochers auf die Umwelt in und um ihre Dörfer hat.
4) Dass die oft lange Suche nach Feuerholz durch die Verwendung des Solarkochers stark reduziert und ggf. sogar überflüssig werden kann.

Bevor an den Solarkochern selbst gearbeitet wird, wird sodann den Schülerinnen erklärt:
Wie richte ich den Kocher in der Sonne aus, sodass die Mahlzeiten gar werden? Wie steht der Kocher sicher? Wie schaffe ich um den Kocher genug Arbeitsplatz? Außerdem werden ihnen alle Sicherheitsvorkehrungen im Umgang mit dem Kocher erklärt: Wie schütze ich meine Augen vor dem Sonnenlicht? Wie vermeide ich Verbrennungen am heißen Topf und im Brennpunkt des Kochers? Wie kann ich am Solarkocher effizient kochen, ohne ständig in der Sonne stehen zu müssen?

Erstmals mit der Sonne kochen

Nun folgen die ersten Kocherfahrungen am Solarkocher. Dabei werden traditionelle Gerichte zubereitet und besonderes Augenmerk darauf gelegt, in welcher Form diese am Solarkocher am besten zubereitet werden können. Außerdem erfolgt an diesem ersten Kurstag noch eine genaue Einführung in die Pflege des Kochers. Dies betrifft vor allem die Reinigung der Hochglanz-Aluminiumbleche, um zu gewährleisten, dass sich diese auch noch in Jahren gut zum Kochen eignen.

Im Lauf der nächsten Kurstage werden am Solarkocher unterschiedliche Gerichte gekocht, wobei die Schülerinnen in dieser Zeit kein Essen aus der Institutsküche erhalten, sondern ihre Mahlzeiten am Solarkocher zubereiten müssen. Außerdem werden ihnen einige Möglichkeiten aufgezeigt, wie man mit dem Solarkocher zusätzliches Einkommen erzielen kann, wenn man ihn gerade nicht zum Essenkochen benötigt. So werden mit dem Kocher auch Solar-Snacks zubereitet (zB traditionelle indische Nankeens), die verpackt und dann am Markt verkauft werden können.

Die Schülerinnen montieren

Nach diesen vier Tagen Kochen und Vertrautwerden mit dem Solarkocher, wird in den folgenden zwei Tagen gelernt, wie man die Kocher zusammenbaut. Dazu werden die Bausatz-Kocher von Green Solution in Gujarat verwendet.

Es mag einfach erscheinen, jemandem beizubringen, wie man diese Kocher zusammenbaut - aber teilweise kann es ganz schön schwierig sein... Viele dieser jungen Frauen haben gerade erst gelernt, zu lesen und zu schreiben - nun sollen sie einen Kocher nach Bauanleitung herstellen können. Nur ein Beispiel: in Hindi sagt man sowohl zu einer Schraube (bolt) als auch zu einer Mutter (nut) „nutbolt". So kann man bis zu 30 Minuten großen Spaß damit haben, zu erklären, welcher Teil von „nutbolt" nun "nut" und welcher "bolt" ist...

Kocher wird erklärt

Um sicherzustellen, dass die Schülerinnen die Kocher später in ihren Dörfern auf sich alleine gestellt richtig zusammenbauen können, wird der fertig montierte Kocher nochmals zerlegt und ein zweites Mal von den Schülerinnen zusammengebaut. So sollte beim dritten Zusammenbau später im Dorf nichts mehr schief gehen.

Nachhaltige Schulung an nachhaltiger Technik

Am Ende des Kurses wird jeder Kocher-Bausatz, der mitgenommenm werden soll, geöffnet und eine Nummer in den Kocher eingeprägt. So ist immer nachvollziehbar, welcher Kocher bei welcher Familie zu finden ist. Vier Mädchen können ihren Kocher gleich mitnehmen, da sie die 1.000 Rupien bei sich haben. Die anderen acht erhalten ihren Kocherbausatz erst dann, wenn der Selbstbehalt bezahlt worden ist.

Kommentar PLAGE

Wie dem Bericht zu entnehmen ist, bleibt das Barli-Institut seinen selbst auferlegten Regeln treu. Kein Kocher verlässt das Institut...

1) *...ohne ausreichende, mehrtägige Ausbildung der zukünftigen Nutzerinnen;*
2) *...ohne eingestanzte Nummer;*
3) *...ohne Bezahlung des Selbstbehaltes.*

Und wir haben wiederum die Gewissheit, in Janak und Jimmy sehr zuverlässige und kompetente Partner gefunden zu haben.

E³ ELEKTRISCH FAHREN ERNEUERBAR TANKEN EMISSIONEN REDUZIEREN

Effizienz Erneuerbare Einsparung Mobil

Beim Thema „Elektroauto" sieht es heute so aus, wie es 1975 um den Solarkollektor stand. Enthusiasten erstellen ihre persönlichen Einzelstücke und Hersteller zeigen sporadisch Designstudien. Viele Unternehmen versprechen die „baldige" Markteinführung. Doch in der Regel sind die geplanten Stückzahlen zu niedrig, um Preise zu ermöglichen, die für normale Kunden bezahlbar wären. Was wiederum der Grund für geringe Stückzahlen ist. Das klassische Henne-Ei-Problem einer jeden Markteinführung.

Sammelbestellung als Anstoß für den Markt

Dass Elektrohybridautos aus Sicht der solaren Energiewende erstrebenswert sind und auch zum Klimaschutz beitragen würden, hat eine Studie der *Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. (DGS)* und des *Bundesverbandes Solare Mobilität e.V. (bsm)* bereits 2007 ausführlich dargelegt. Anfang 2008 wurde der gemeinsame Entschluss gefasst, auch die Markteinführung entsprechender Fahrzeuge voranzutreiben, frei nach dem Motto: "Kunde droht mit Auftrag". Interessierte Privatleute, Unternehmen, Flottenbetreiber und Kommunen sollen gebündelt werden, um spätestens 2010 die Sammelbestellung für ein Elektro(hybrid)auto zu organisieren. Die Initiatoren haben klare Vorstellungen von den gewünschten Eigenschaften und diverse PKW-Prototypen haben bereits bewiesen, dass diese technischen Daten auch erfüllt werden können.

GEFORDERTE KENNDATEN

Minimale CO2-Emissionen

Die Fahrzeuge sollen zusammen mit einem "Tankvertrag" für elektrischen Strom aus Erneuerbaren Energien angeboten werden. Die teilnehmenden Stromanbieter sollten aktiv zum weiteren Ausbau sauberen Ökostroms beitragen und durch ihren Strommix für dieses Auto CO2-Emissionen von unter 10 Gramm CO2 je Kilometer garantieren können. Heutige Autos emittieren 10 bis 20 mal mehr.

Geringer Energieverbrauch

Im Strombetrieb soll der Energieverbrauch je 100 Kilometer nicht über 20 kWh liegen. Dies entspricht etwa dem Energieinhalt von 2 Litern Benzin. Im Stadtverkehr sollte der Verbrauch sogar noch geringer ausfallen. Dieser Umstand wird helfen, die Betriebskosten niedrig zu halten.

Nicht billig ... aber seinen Preis wert!

Da es heute ein Automobil mit den geforderten Kenndaten nicht zu kaufen gibt, wird ein Autohersteller eine Kleinserie nach unseren Wünschen produzieren müssen. Doch die Mehrkosten sollten sich bei einer entsprechend großen Sammelbestellung in Grenzen halten.

Wie dieser wohldefinierte Wagen weiters

- **emissionsfrei im Nahverkehr** und
- **100% autobahntauglich** sein,
- einen **Zweitwagen überflüssig** machen und ein **normaler PKW** sein soll (Zuladung und Raumangebot wie ein typischer Microvan), das finden Interessenten unter www.e3-mobil.de/.

Geplanter Projektablauf

2008
Interessenten zusammenbringen

2009
Angebote bei Autoherstellern einholen

2010
Sammelbestellung durchführen

Bei Interesse

Falls Sie Bedarf an einem Fahrzeug mit den oben beschriebenen Eigenschaften haben, so können Sie mithelfen, dass dieses Auto Realität wird. In der ersten Phase reicht es, wenn Sie Ihr unverbindliches Interesse an einem derartigen Auto bekunden.

SONNE STATT ATOM

Solartankstellen: Brief an den ÖAMTC

Sehr geehrte Frau Wachholder!

Als Mitgestalterin der wöchentlichen Sendung Radio Eurosolar empfinde ich es als Schlag in die Magengrube, dass der ÖAMTC nicht mehr dazu bereit ist, Stromtankstellen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Einfach nicht nachvollziehbar, da sich der Aufwand – nämlich eine Steckdose zur Verfügung zu stellen – in Grenzen hält.
Wir von Radio Eurosolar, sowie unsere Familienmitglieder, sind jahrzehntelang ÖAMTC-Mitglieder und entsprechend enttäuscht.
Es gehört auch in jede Ausgabe der Mitgliederzeitung eine Liste der österreichischen Stromtankstellen. Es gibt davon ca. 1000 mehr als Erdgastankstellen! (> www.elektrotankstellen.net)

Ing. Evelyn Zamecnik
Radio Eurosolar

(Jeden Freitag um 11 Uhr www.radiofabik.at und in Salzburg-Umgebung 107,5 und 97,3 Mhz. – T+F +43(0)662-85 24 64, Mobil +43(0)664-5036 883; walterwifi@gmx.at, www.kein-oel.at)

hot spots INTERNATIONAL

Berlusconis AKW werden wohl nie gebaut

Die italienische Regierung, die mit 1,624 Billiarden Euro ohnehin schon das weltweit drittgrößte Loch in einem Staatshaushalt "verwaltet", scheint darauf erpicht, es noch tiefer zu graben. Ende Mai kam der jüngst wiedergewählte Ministerpräsident Silvio Berlusconi seiner Festlegung aus dem Wahlkampf nach, Italien zur Atomkraft zurückzuführen. Dies schien genau das Richtige, um des Landes steigenden Öl- und Gaspreisen und wachsenden Stromimporten aus Frankreich zu begegnen – bloß in einer Hinsicht nicht: die Kernkraftwerke, die Berlusconi verspricht, werden wahrscheinlich nie gebaut.
Warum nicht? Aus drei Gründen: explodierende Baukosten; veranschlagte Bauzeiten von einem bis zwei Jahrzehnten; und keine italienische Gemeinde am Horizont, die in ihrer Gegend einen Kernreaktor aus dem Boden wachsen sehen möchte. (…)
(Aus der Einleitung des Artikels "Italy's Nuclear Job" im Wall Street Journal Europe, 20.5.2008.)

Atommüll: Als hätten Henne und Ei nichts miteinander zu tun!

Erst 1978, als die Schweizer AKW Beznau I und II sowie Mühleberg schon lange in Betrieb waren, wurde im Atomgesetz festgehalten, dass die Rahmenbewilligung neuer Atomkraftwerke erst erteilt werde, wenn die Entsorgung der radioaktiven Abfälle gewährleistet sei. So langwierig die Einführung dieser Klausel auch war – die erste Abschwächung kam postwendend: in der Betriebsbewilligung des AKW Gösgen steht, dass die Abfallproblematik erst im Jahre 1985 gelöst sein müsse. Statt 1985 Gösgen abzustellen, wurde die Frist verschoben. Für die Betriebsbewilligung des letztgebauten AKW Leibstadt wurde die Formulierung nochmals abgeschwächt.
Heute sind wir wieder auf Feld 1: die Frage des Atommülls wird vom Neubau von Atomkraftwerken vollkommen entkoppelt. Gemäss den Entsorgungsexperten auf einer Tagung der NAGRA (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) im Oktober 2007 in Bern sind dies zwei verschiedene Debatten – so, wie wenn Eier und Hühner nichts miteinander zu tun hätten. Statt vermeiden – ignorieren! Neue AKWs bauen wollen (> siehe „Axpo & Atel…", S. 6), und das ungelöste – in Wirklichkeit unlösbare! – Atommüllproblem wegschieben.

Bescheid gegen Klein-Windanlage – Berufung!

Löser Wolfgang
Untere Dorfstraße 23
2004 Streitdorf (…)

An die Marktgemeinde Niederhollabrunn (...)

Betreff: Berufung zu Bescheid vom 21.5.2008
Streitdorf, 05.06.2008 - Zl. BAU-S/26-2007-BE-001/2008

Ich berufe gegen den Bescheid des Gemeindevorstandes der Marktgemeinde Niederhollabrunn als Baubehörde II. Instanz in der Sitzung vom 19.02.2008, die eine Errichtung einer Klein-Windkraftanlage „Aircon“ mit 9,8 KW Nennleistung auf dem Grundstück Nr. 51/2 sowie Grundstück Nr. 55, beide in KG Streitdorf, untersagt.

Begründung:
In der Entscheidung wurde überhaupt nicht auf den dringenden Handlungsbedarf angesichts der dramatischen Klimaveränderung als auch der weltweiten, enormen Ressourcenverknappung eingegangen.
Gerade Klimabündnisgemeinden sollten Klima schonende Maßnahmen unterstützen, anstatt diese zu verhindern. Wie möchte die Gemeinde ihre Klimaschutzziele erreichen, wenn sie alle derartigen Aktivitäten, im kommunalen als auch im privaten Bereich, massiv verhindert, Klima zerstörende Maßnahmen weiterhin fördert. (...) Wie dramatisch die Situation ist, zeigen eindeutig nachstehende Berichte:

UNO Klimabericht macht Angst
"Die schlimmsten Szenerien darin sind so angsterregend wie ein Science Fiction Film." Mit diesen Worten präsentierte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon am Samstag im spanischen Valencia den dramatischen Bericht des Weltklimarats (IPCC) über die Folgen der Erderwärmung. Renommierte Wissenschaftler wie Sir Nicolas Stern, der durch seinen Klima-Report weltweit aufhorchen ließ, fordern rasche, effektive Klimaschutzmaßnahmen. Sir Nicolas Stern war von 2000 bis 2003 Chefökonom der Weltbank; und das macht die Brisanz seines Berichts aus: Hier haben nicht die “üblichen Verdächtigen” die Kosten des Klimawandels untersucht, sondern ein renommierter, als neutral geltender Wirtschaftswissenschaftler. Sein Ergebnis: Effektiver Klimaschutz würde ein Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung kosten; weiter zu machen wie bisher fünf bis zwanzig Mal so viel - die Auswirkungen des Klimawandels wären viel teurer als konsequente Gegenmaßnahmen.

Herausforderung Klimawandel – Lösung: Energiewende jetzt!

(Wissenschaftlerin des Jahres 2007) Univ.-Prof.Dr. Helga Kromp-Kolb antwortete in einer Veranstaltung auf die Frage „Bis wann muss die Energiewende in Österreich, angesichts der verbleibenden 10 Jahre zur Begrenzung des Klimawandels sowie von Peak Oil, eingeleitet werden?“ mit – „Sofort.“ Die Klimaexpertin verwies dabei auf die Umstellung von Friedens- auf Kriegswirtschaft. Sie wollte damit verdeutlichen, dass der Übergang in relativ kurzer Zeit möglich ist. Ein Zuhörer ergänzte, dass der Wiederaufbau nach dem Krieg ebenfalls in kürzester Zeit geschah.
(…)
Als Maßnahmen zur Lösung des Klimaproblems nannte die Expertin z.B. den Ausbau der erneuerbaren Energien bei gleichzeitiger Steigerung der Energie- sowie der Ressourceneffizienz, den Biolandbau, den Verzicht auf Fleisch sowie allgemein die Reduktion des Bedarfs. Der gegenwärtige Lebensstil (ökologischer Fußabdruck) ist nicht globalisierbar. Wir müssen bei Entscheidungen langfristig denken und die Werte hinterfragen (Brauchen wir wirklich alles? Muss die Wirtschaft wachsen? Muss Geld Zinsen tragen?...).
(…)
UN-Generalsekretär Ban Ki Moon auf der UN-Klimakonferenz in Bali: **Der Menschheit droht bei einem Scheitern im Kampf gegen den Klimawandel das Ende.**

Ressourcenverknappung:
Der Saudiarabische Vizepräsident für Ölförderung wie auch die Wirtschaftsexperten von Dubai erklärten in einer ORF-Sendung, dass sie in 10 Jahren nicht mehr in der Lage sein werden, Erdöl zu exportieren, sie aber ihre Energieversorgung auf 100% Erneuerbare Energien umstellen, um Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit zu haben.
Wie kurzsichtig dabei **unsere Gemeinde** ist, sich mit aller Kraft ans Klima schädigende Erdöl- Öl und Erdgas festzuklammern – dabei jeden Preis zu zahlen, um damit den Gewinn der Ölmultis (und Ölförderländer) zu erhöhen, damit sich diese Solar- und Windenergie (…) aufbauen –, ist für Realisten nicht nachvollziehbar.

Mit freundlichem Gruß
Wolfgang Löser

hot spots INTERNATIONAL

Gute Zeiten für Atomschmuggler – und Sarkozy & Co?!

Es fehlt an Radiochemikern – davon profitiert der illegale Nuklearhandel. (…) Und „der nukleare Brennstoffkreislauf rund um die Welt ist so groß, dass es extrem schwer ist, Proben von überall her zu bekommen“, sagt David Smith vom Lawrence Livermore National Laboratory des US-Energieministeriums. Die USA hätten daher begonnen, auf eigene Faust in den ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken Uranerz-Proben zu beschaffen. Mit deren Hilfe hoffen die Experten, den nuklearen Fingerabdruck unbekannter Brennelemente abschätzen zu können.
„In diesen Ländern stießen wir auf erschreckende Zustände“, berichtet Smith. 10 000 Behälter mit dem Uran-Zwischenprodukt Yellowcake standen ungesichert herum, Brennelemente wurden kaum bewacht. „Es gibt dort keine Sicherheitsvorkehrungen“, kritisiert der Geochemiker. Für Smith tickt dort eine nukleare Zeitbombe. Etwa 150 Tonnen waffentaugliches Plutonium und 1250 Tonnen hochangereichertes Uran habe die Sowjetunion einst produziert. Für den Bau einer einzigen Atombombe genügen 25 Kilogramm Uran.
(Quelle: Süddt. Zeitung – Wissen, 6.3.2008)

Le Canard Enchaîné, 29.8.2007

Kommentar PLAGE:
Was wird das erst, wenn Sarkozy & Co weitere Länder, meist Diktaturen oder Halbdiktaturen, mit AKWs beliefert haben und „der nukleare Brennstoffkreislauf rund um die Welt“ noch größer geworden ist! Zauberlehrlinge zum Quadrat...

Kein Plan B für Lanzeitlagerung

Auf die Frage, was die Zwischenlager Würenlingen AG (ZWILAG) plant für den Fall, dass sich das Schweizer Atommüll-Tiefenlager doch nicht bis 2040 umsetzen lässt, antwortet der ZWILAG-Leiter Roman Heeb, er sei überzeugt, daß dieser Fall nicht eintrete. Sprich: Die ZWILAG hat keinen Plan B.
Anstatt die Ursache zu bekämpfen und die AKWs abzuschalten, wird versucht, Ursache und Problem zu trennen.
(Quelle: Energie & Umwelt SES, 4/2007

SAGER

„Die Wind-Industrie wächst nicht, sie explodiert.“

Stefan Karlsson von der schwedischen Firma SKF, die Zahnräder herstellt.
(Quelle: Nordwestschweizer Koordination gegen Atomanlagen/NKA, März 2007)

„Jeden Monat ersetzt Windkraft inzwischen zwei Atomkraftwerke von der Grösse des AKW Mühleberg!“

Jürg STÖCKLIN, Großrat, und Ruedi RECHSTEINER, Nationalrat (Schweiz), im Bulletin der Nordwestschweizer Koordination gegen Atomanlagen/NKA, März 2007.

hot spots INTERNATIONAL

Axpo & Atel: Baugesuch für 2 neue AKWs 2008!

Die Axpo und die Aare-Tessin-AG (Atel), die bürgerlichen Parteien FDP, SVP und CVP sowie die Mehrheit des Bundesrates (Regierung) haben den Bau von neuen Atomkraftwerken in der Schweiz angekündigt: in Gösgen und Beznau sollen ein oder zwei „Euro-Reaktoren“ (EPR) gebaut werden, mit 1600 MW Leistung rund fünfmal so gross wie die alten Reaktoren in Mühleberg und Beznau! Der Bundesrat will ausserdem das Bewilligungsverfahren beschleunigen.
Weshalb diese plötzliche Eile? Offenbar ist es für die Atomlobby schwer verdaulich, dass Wind- und Solarfabriken weltweit wie Pilze aus dem Boden schiessen. „Die Wind-Industrie wächst nicht, sie explodiert“, sagt Stefan Karlsson von der schwedischen Firma SKF, die Zahnräder herstellt. Jeden Monat ersetzt Windkraft inzwischen zwei Atomkraftwerke von der Grösse des AKW Mühleberg! Noch schneller wächst die Solarzellentechnik. Atomaussteiger Deutschland ist führend.
Angesichts der Dynamik, mit der sich Erneuerbare Energien (EE) inzwischen entwickeln und durchsetzen, ist die Nordwestschweizer Koordination gegen Atomanlagen (NKA) zuversichtlich, daß die Schweizer Atomgegner das gegen die Neubaupläne angekündigte landesweite Referendum gewinnen können.
(Quelle: Nordwestschweizer Koordination gegen Atomanlagen/NKA, März 2007)

Deutsche Bank fordert Enteignung der Stromkonzerne

Das hat es noch nicht gegeben: Das Bollwerk des Kapitalismus ist für Enteignungen. Die Deutsche Bank fordert eine Zerschlagung der Stromkonzerne, um auf dem Energiemarkt endlich mehr Wettbewerb hinzubekommen.
Ganz neu ist die Idee nicht. Ebenso wie kleinere Anbieter, die sich bessere Marktchancen erhoffen, ist auch die EU-Kommission für eine Zerschlagung der Konzerne; insbesondere für den Verkauf der Stromnetze an unabhängige Betriebe. Dass sich aber das mächtigste Geldhaus Deutschlands dieser Forderung anschließt, ist eine Überraschung. Betroffen wären Energiekonzerne wie E.on, RWE, Vattenfall Europe und EnBW, aber auch Electricité de France und die italienische Enel.
„Mit Marxismus hat das nichts zu tun", sagt der Autor der Studie, Josef Auer von Deutsche Bank Research, zu SPIEGEL ONLINE (5.3.07). „Es geht uns einfach um mehr Wettbewerb – im rein marktwirtschaftlichen Sinne."

Neue Töne des Finanzinstituts auch in der Klimapolitik

Besonders wichtig seien jedoch die regenerativen Energien wie Sonne, Wind und Biomasse, heißt es in der Studie weiter. So sei zu erwarten, dass "die neuen Energien – nicht erst in ferner Zukunft – wertvolle Beiträge zur Sicherheit der Energieversorgung, zur Reduzierung der Importabhängigkeit sowie zur Verbesserung des Weltklimas leisten können".

„Für ein Industrieland angemessen"

68 Prozent wollen kein AKW, auch wenn Strom umsonst wäre

[ngo/ddp] 68 Prozent der Bundesbürger würden den Bau eines neuen Atomkraftwerks in ihrem Wohnort selbst dann ablehnen, wenn sie dafür lebenslang kostenlosen Strom bekämen. Das geht aus einer am 16. Juli 2008 veröffentlichten Emnid-Umfrage für das Magazin „Vanity Fair" hervor (1.000 Befragte). Während 43 Prozent der Männer auf den Deal eingehen würden, sind es bei den Frauen nur 21 Prozent.
Unter dem Eindruck der Unfälle im US-Atomkraftwerk Harrisburg (Three Mile Island) 1979 und Tschernobyl 1986 lehnen die Deutschen die Atomkraft weiterhin offenbar mit großer Mehrheit ab. Anfang Juli kam es in Frankreich zur Freisetzung von Radioaktivität aus der französischen Atomanlage Tricastin. Für öffentliche Aufmerksamkeit sorgte auch eine Studie im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), wonach das Krebsrisiko von Kindern mit zunehmender Nähe ihres Wohnortes zu deutschen Atomkraftwerken ansteigt. (Vgl. PN 1 u. 2/2008)

Kommentar *von Raimund Kamm, FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V. (beim AKW Gundremmingen, Süddeutschland): „Es ist bemerkenswert, wie vernünftig und vorsichtig die Menschen sind, wenn sie die Gefahren im Sichtbereich haben, und noch nicht durch dauernde Propaganda + Gewöhnung abgestumpft sind."*

Nach Ausstieg aus MOCHOVCE-Finanzierung:

Atomenergie Thema bei Hauptversammlung der ERSTE BANK

Zentral an der Kampagne gegen die Mitfinanzierung der Mochovce-Blöcke 3 und 4 durch die ERSTE beteiligte Atomgegner konnten sich dank Kauf einiger Aktien auf der Hauptversammlung der Bank am 6.5.2008 zu Wort melden. (Vgl. PN 2/2008, SS. 1 – 5.) Den geforderten generellen Aussschluß der Finanzierung von Atomvorhaben wollten GenDir Treichl & Co. nicht. Marschroute zB von *Antiatom-Szene,* Linz, nunmehr: Ansetzen dabei, daß die ERSTE-Verantwortlichen Geldvergabe für Atomwaffen-Produktion durchaus grundsätzlich ausschließen. Offenbar gehören die Banker einmal ordentlich über den Zusammenhang zwischen Atomkraft und Atomwaffen informiert. D.h. darüber, daß es keine friedliche Nutzung der Atomenergie gibt.
Info: Elvira PÖSCHKO, *Antiatom Szene – Das Zukunftsnetzwerk gegen Atomenergie,* Thurnerweg 3, 4061 Pasching, Tel. +43 650 6660065

SONNE STATT ATOM

Die Zahlen sprechen für sich

Erneuerbare Energien und deren Förderung durch das Energie-Einspeisegesetz (EEG) sind bekanntlich ein erklärtes Feindbild der Hamburger Redaktion (gemeint ist DER SPIEGEL; Anm.d.Red.). Dabei haben allein 2007 die Solarunternehmen in Deutschland 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.
Weitere Fakten? Bitte sehr: Ein erheblicher Anteil der Wertschöpfung und der Arbeitsplätze entfällt auf einen Wirtschaftssektor, der in der SPIEGEL-Argumentation schlicht unterschlagen wird, nämlich auf das Handwerk: 25 bis 30% der Gesamtkosten einer PV-Anlage sind nämlich handwerkliche Leistungen. Und inzwischen gibt es nach Zahlen des *Zentralverbandes der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke (ZVEH)* vom März dieses Jahres immerhin 20.000 Menschen, die ihr täglich Brot mit Photovoltaikanlagen (PV) verdienen – nicht zuletzt dank einer berechenbaren Solarstromförderung durch das EEG und völlig unabhängig vom Import chinesischer PV-Modelle.

(Quelle: Sonne Wind & Wärme, 7/2008, Editorial)

hot spots ÖSTERREICH

35.000 Österreicher beruflich strahlenexponiert

Es ist interessant, einmal zu erfahren, welcher Prozentsatz der Bevölkerung in Österreich (im Normalfall geringer) ionisierender Strahlung ausgesetzt ist – im Zuge von großteils akzeptableren Aktivitäten, als es der Betrieb großer Nuklearanlagen wäre. Laut STANDARD "Forschung Spezial" vom 21.5.2008 sind es immerhin rund 35.000 Österreicherinnen und Österreicher, um deren Strahlenschutz sich vornehmlich die Expertengruppe "Radiation Safety and Applications" im Austrian Research Center Seibersdorf (ARCS) kümmert. (Nehmen wir an, daß die englischen Bezeichnungen verwendet werden, weil im Forschungszentrum Seibersdorf (ÖFZS) ja auch für die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) Untersuchungen von radioaktiven Proben zur Spaltmaterialkontrolle durchgeführt werden – wie durch den Plutonium-Zwischenfall in Seibersdorf diesen Sommer in Erinnerung gerufen wurde.)

Die strahlenexponierten Personen arbeiten nicht nur an Röntgengeräten und in der Strahlentherapie; auch in Industrie und Forschung gibt es Bereiche, wo geringe Mengen an ionisierender Strahlung auftreten: Biowissenschafter arbeiten mit radioaktiven Tracern („Spurenlegern"), um die Wege bestimmter Stoffe in der Umwelt zu verfolgen; Techniker durchleuchten fallweise Bauteile zwecks Qualitätskontrolle berührungsfrei mit Röntgen-, Gamma- oder Betastrahlen – so können Materialfehler entdeckt warden.

Mängel bei Lkw mit radioaktiver Ladung

Passend zum STANDARD-Artikel über Arbeit mit strahlenden Stoffen in Österreich: Am 19. Jänner ds.J. stellten Polizisten in der Stadt Salzburg bei einem Lastwagen mit radioaktiver Ladung erhebliche Mängel fest: Das Ladegut war nicht entsprechend gesichert, der Fahrer war zum Transport des Gefahrenguts nicht ausgebildet.

Der Lastwagen hatte radioaktive Stoffe für Forschung bzw. Medizin geladen. Bei der Kontrolle konnte der Fahrer aber keinen Gefahrgut-Lenkerausweis vorzeigen. Auch die vorgeschriebenen Hinweisblätter für das Verhalten bei einem Unfall mit radioaktivem Material fehlten.

Der Fahrer wurde von der Polizei zur Nuklearmedizin der Christian-Doppler-Klinik eskortiert - dort musste er sein Fahrzeug entladen. Alle Verantwortlichen wurden angezeigt. (ORF-Salzburg u.a., 20.1.2008)

VERSAGER

„Quasi-Kartell der vier Großen" und „Hitler-Deutschland".

Der Kommentar der Süddeutschen Zeitung vom 22.12.2006 zur neuen Machtaufteilung in der deutschen E-Wirtschaft: Die Strom-Monopole, „die durch die (EU-Strommarkt-)Liberalisierung abgeschafft werden sollten, sind also als Quasi-Kartell der vier Großen wiedergekommen. Hitler-Deutschland hatte mit den Monopolen den Anfang gemacht."

hot spots INTERNATIONAL

Demonstration diesen Sommer gegen Bestrebungen zur Wiederinbetriebnahme zumindest einiger Meiler der größten AKW-Anlage der Welt, in Kashiwazaki-Kariwa (7 Reaktoren). Nach dem Erdbeben der Stärke 6,8 im Juli 2007 wurde das Atomkraftwerk stillgelegt. Es wurden fast 1 300 Schäden entdeckt. Aus einem der Reaktoren trat radioaktives Wasser aus und gelangte ins Meer. Etwa 100 Fässer mit Abfällen mit geringer Radioaktivität wurden undicht. Vehementer Widerstand gegen die von Betreiber und Regierungskommission angestrebte Wiederinbetriebnahme kommt von der örtlichen Bevölkerung. Insbesondere ohne Klärung und Behebung der vielen Mängel und des verwickelten Störfallablaufs. Diese haben auch eine noch nie dagewesene Zahl von Wissenschaftlern zur Bildung einer Kritikerkommission veranlaßt, die den Offiziellen seit Monaten auf die Finger schaut.

Quelle: Jan Beránek von Greenpeace International, der an einem Kritiker-Seminar zu Kashiwazaki-Karima parallel zur Demonstration teilnahm; Citizens' Nuclear Information Center/CNIC, Tokyo, http://blog.aktualne.centrum.cz/blogy/jan-beranek.php?itemid=3837 29.6.2008.

„Wir fordern Abstände wie in Niedersachsen!“

60.000 in Österreich von Strom-Autobahn* Richtung Italien betroffen

Liebe MitkämpferInnen,
Daß den Wiener Seilschaften die Bevölkerung, die an der Stromautobahn leben wird, egal ist, wissen wir seit dem Bescheid des Umweltsenates, der sicher seinem Brötchengeber gegenüber nicht unsolidarisch erscheinen wollte/konnte. Sterben halt in den nächsten Jahrzehnten einige hunderte Menschen an diversen Krebsarten – was solls.
Vorsorge steht ja nicht im Gesetz, solange man die wissenschaftlichen Beweise unterdrückt bzw. nicht zur Kenntnis nehmen will. Somit ist man den „Arbeitsplätzen“, sprich der Industrie, Gott Mammon, verpflichtet, der vielleicht für den einen oder anderen „ausgedienten“ Politiker dann im Vorstand noch ein Plätzchen wegen „großer Verdienste um das Unternehmen“ freihält. Der Futterbarren ist dann auf ewig gefüllt.
In Deutschland setzt diesbezüglich ein Umdenken ein. Dort ist die Berliner Universitätsklinik Charité die einzige, fachlich überlegene Institution in Sachen Vorsorgeuntersuchungen, Behandlung, Nachsorge. Bloß kann sich das in Deuschland auch nicht jeder leisten. Die Wege sind weit, die Einkommen tief (dort fehlen 13. und 14. Monatsgehalt, das in Österreich schon häufig zur Ergänzung der Zähne, der Instandsetzung div. Bewegungsapparate ausgegeben wurde). Nun auch noch die Sprit- und Heizkosten zu diskutieren, ist wohl überflüssig.
Wir müssen nun dafür Sorge tragen, daß die Menschen in Österreich, geschätzte 60.000 Personen, welche von dieser Strom-Ring-Autobahn in Richtung Italien betroffen sind, nachhaltig geschützt werden!!!
Es darf der Regierung in Wien nichts zu teuer sein für jene Bevölkerung, die letztendlich für den Wohlstand ihre Haut zu Markte trägt! Gesundheit für die nächsten Generationen: das fordern wir noch mal mit Nachdruck, und fordern noch mal die Abstände wie in Niedersachsen als „Vorsorge“ einzuführen!!!
Die Erkenntnisse, die darüber hinaus noch auf uns zukommen, müssen in der Zukunft auch berücksichtigt werden. Jeder Industriebetrieb, sei es Kaindl, Zement-Leube etc., muß, obwohl der Standort seit Jahrzehnten existiert, aufgrund neuer Erkenntnisse und neuer Techniken diverse neue Filtertechniken zum Schutz der Anwohner einbauen. Somit fordern wir Salzburger auch unsere Landespolitiker nochmals auf:
Werdet LAUT!!!! Demonstriert den WIENERN einen Kampf, auf den es sich nicht lohnt, sich einzulassen. Wir werden es verhindern. Wir werden nicht wie die Steirer die Baulichkeiten entstehen lassen, ohne jemanden zu verjagen!!! Wir werden uns zur Wehr setzen.

Doris Bernhofer,
Sprecherin der Kabel-Initiative Flachgau

** Vgl. PN 1/2008. – D. Bernhofers Schreiben von der PN-Redaktion geringfügig bearbeitet.*

Hochspannung in der Tiefe

380-kV-Leitung darf nicht überall im Freien laufen

Kassel. – Anwohner und Naturschützer protestieren seit Monaten gegen die geplante 380-kV-Höchstspannungsleitung von Wahle nach Mecklar, nun bekommen sie Unterstützung von ungewohnter Seite. Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) haben die E.ON-Trasse zu einem von vier Pilotprojekten für Erdverkabelung bestimmt. Danach muss ein Fünftel der 850 Kilometer, die alle vier Projekte umfassen, unter die Erde.
Wo genau die Kabel im Erdreich verschwinden, weiß noch niemand. Der Gesetzentwurf der beiden Bundesminister kennt noch keine konkreten Abschnitte. Vorrang sollen Gebiete nahe an Wohnsiedlungen und Naturschutzflächen haben.
E.ON-Pressesprecher Christian Schneller äußerte sich überrascht über die Pläne der Minister. Er begrüßte jedoch, dass die Erdverkabelung nun bald bundeseinheitlich geregelt werde. Das gebe Planungssicherheit. Bislang sagten Ländergesetze, wo Freileitungen laufen dürfen und wo nicht. Während der niedersächsische Landtag Ende vergangenen Jahres beschlossen hatte, Stromleitungen, die neu gebaut werden, zum Teil unter die Erde zu verbannen, gibt es in Hessen keine entsprechende Regel. Das hätte zu der Situation führen können, dass die 380-kV-Leitung in Niedersachsen unter der Erde läuft und ab der Landesgrenze zu Hessen auf Freilandmasten weitergeführt wird. Ob und wie durch die neue Regel die Planungskorridore verändert werden müssen, steht noch nicht fest.
(...) Gabriel und Glos hoffen auf einen schnelleren Netzausbau, da nun mit weniger Klagen gerechnet werden könne.

Hintergrund: Mehrkosten werden umgelegt

Die Erdverkabelung kostet nach Einschätzung von E.ON-Pressesprecher Christian Schneller bis zu viermal mehr als Freilandleitungen. Bislang hat das Unternehmen 800 000 bis eine Million Euro pro Kilometer veranschlagt. Umweltminister Sigmar Gabriel will die Mehrkosten auf alle Netzbetreiber umlegen. Diese dürften sie an die Verbraucher weitergeben. Wirtschaftsminister Glos hatte die Erdverkabelung mit Rücksicht auf die Stromversorger längere Zeit blockiert. Nun ist er umgeschwenkt. Alle Kabel unter die Erde zu verlegen, halten die Minister für nicht bezahlbar.

(Quelle: http://www.hna.de/breakingnews, 17.6.2008, 12.997 Artikel Online)

VERSAGER

„Fünf bis acht Unternehmensriesen werden den europäischen Energiemarkt bestimmen.“

Und zwar „in wenigen Jahren“. „Davon sind die Experten der Investmentbanken (…) überzeugt.“ Da sieht man, was das EU-Credo vom freien Wettbewerb ist: Gerede. Und ob diese Reduktion auf wenige Große nicht auf weniger materieller Ebene auch ein Symbol dafür ist, wie es um die ebenfalls vielbeschworene „Vielfalt“ in der EU steht?

(Quelle: Süddt. Zeitung, 22.12.2006)

89% der Österreicher und Österreicherinnen für Windkraftausbau

Umfrage im Vorfeld des Tages des Windes: hohe Beliebtheit der Windkraft in der österreichischen Bevölkerung

Eine überwältigende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher will den weiteren Ausbau von Windkraft und anderen Ökostromanlagen. 89% wünschen sich einen Ausbau von Windkraftanlagen, Windkraft ist damit hinter Sonnenkraft die beliebteste Energieerzeugungsform.

Erneuerbare Energie statt Kohle, Gas und Atom

Im Vorfeld des europäischen „Tag des Windes" hatte die *IG Windkraft* eine Umfrage beim Meinungsforschungsinstitut Neuberger Research in Auftrag gegeben: „Welche Kraftwerke sollen in Österreich in Zukunft gebaut bzw. nicht gebaut werden?" Strom aus Sonne wurde mit 97% der Spitzenreiter, gefolgt von Wind und kleinen Wasserkraftwerken mit jeweils 89%. Der Ausbau von Biomasseanlagen wird von 73% befürwortet. Große Wasserkraftwerke bilden das Schlusslicht bei den Erneuerbaren (immerhin: 69% Befürworter). Ganz anders jedoch das Bild bei nicht erneuerbaren Energien: Neue fossile Kraftwerke, also Kohle- und Gaskraftwerke werden von 82% abgelehnt und Atomkraft sogar von 96%.

Zustimmung zu Windkraft dort am stärksten, wo es die meisten Windräder gibt

Österreichweit wünschen sich 89% der ÖsterreicherInnen einen weiteren Ausbau der Windkraft. Lediglich 10% sind dagegen. Auch wenn bei der Zustimmung die regionalen Unterschiede sehr gering sind, gibt es bei der Ablehnung in der Windregion NÖ/Bgld. mit nur 5% eine deutlich geringere Ablehnung als im Rest Österreichs.

Die Zukunft? 82% wollen Verdreifachung der Windkraft, eine Mehrheit will fünf Mal soviel! Die bestehende Unterstützung für Ökostrom soll nach dem Wunsch von zwei Drittel der Befragten (66 %) weiter ausgebaut werden. Dafür brauchen wir von der Politik aber Einspeisetarife auf europäischem Niveau. Deutschland hat mit seiner Novelle des Energie-Einspeisegesetzes (EEG) vergangenen Juni die Richtung vorgegeben.

(Quelle: IG Windkraft, 14.6.2008)

Jugendliche und Politiker:

Für Kostenwahrheit – Öl, Gas, Kohle und Atomenergie zusätzlich besteuern!

Im Rahmen eines Jugendprojektes der Marktgemeinde Windhaag bei Freistadt wurde vom 17. bis 18. Mai 2008 ein Symposium zum Themenbereich "Energie-Klima-Kostengerechtigkeit" durchgeführt. Von dort ging ein Fragebogen an alle oberösterreichischen Bürgermeister, Landtagsabgeordneten, Nationalräte und EU-Parlamentarier - insgesamt ca. 500 Personen. 151 sandten den ausgefüllten Bogen retour. Im Vorfeld waren mit den Jugendlichen 23 Workshops durchgeführt worden, in denen sie ebenfalls ihre Meinung zu den gestellten Fragen abgaben.

Die Befragung brachte drei besonders diskussionswürdige Ergebnisse:

- Auf die fossilen Energieträger müßte ein Preisaufschlag eingehoben werden, um damit die durch die Verbrennung dieser Energieträger verursachten Klimaschäden abzudecken: nach den Politikern ein **Aufschlag von 34%; die Jugend fordert sogar 108%!**
- Politik und Jugend sind sich einig, dass noch **in diesem Jahrhundert, Erdöl, Erdgas, Kohle und Atomenergie ausgehen** werden, wenn sich der Energieverbrauch weiter entwickelt wie bisher.
- Große(?) Überraschung bei der Frage nach dem Anteil der Atomenergie am Weltenergieverbrauch: Politiker schätzen den Anteil auf 35%, die Jugend sogar auf 54%. Dem steht jedoch ein tatsächlicher Anteil von nur 6 % gegenüber. Die Bedeutung der **Atomenergie wird also gewaltig überschätzt!** Diese völlig falsche Einschätzung macht verständlich, dass in der Antiatompolitik praktisch nichts weitergeht. (Anm. PLAGE: Auch die Organisatoren des Jugendprojekts haben den Atom-Anteil und seine Bedeutung für die Energieversorgung noch überschätzt! Denn die 6% gelten für den Primärenergieverbrauch. Da AKWs aber vom eingesetzten Uranbrennstoff nur 1/3 in die Nutzenergie Strom umsetzen können, beträgt Mr. Atoms Anteil an der Weltenergieversorgung gar nur rd. 2,5%. (Vgl. PN 2/2007 zu Atom & Klima.)

In den Workshops haben die Jugendlichen folgende Hauptforderung formuliert:

„Steuer(n) für die Zukunft" – **Handlungsweisen, die die Zukunft belasten, müssen stärker besteuert werden. Im Gegenzug müssen Dinge und Handlungsweisen, die die Zukunft entlasten, entsteuert bzw. mehr gefördert werden** (z.B. öffentlicher Verkehr). Es sind alle politischen Parteien aufgefordert, die derzeit begrenzte Diskussion über Energiepreise auszuweiten auf eine möglichst ganzheitliche Diskussion – einschließlich Kostenwahrheit und Zukunftsperspektiven für unsere Kinder.

(Quelle: www.windhaag.at/Marktgemeinde/ÜBERMORGEN/Fragebogen mit Ergebnissen; Bürgermeister Alfred Klepatsch; Gemeinde Windhaag, 10.6.2008)

(Weil mit Molterers Abgang die Causa nicht vom Tisch ist!...:)

Herrn Vizekanzler
Dr. Wilhelm Molterer
1010 Wien

2008-06-01

Verkauf von Anteilen an der Verbund-Gesellschaft

Sehr geehrter Herr Dr. Molterer,
mit Bestürzung lese ich von Ihrem Drängen, Mittel zur Teilfinanzierung u.a. von Pflege durch „Privatisierung“ weiterer Staatsanteile an der Verbund-Gesellschaft aufbringen zu wollen. (...) In meinem und im Namen meiner drei Enkel protestiere ich auf das schärfste gegen diese Absicht (...)!
Wie wollen Sie denn die von der derzeitigen Bundesregierung propagierte – und dringend nötige! – Energiewende schaffen, wenn Sie unsere derzeit weitaus größte Energiequelle, die in öffentlichem, also im Eigentum des Staatsvolkes noch mehrheitlich befindlichen Wasserkraftwerke verscherbeln? Unser Wasserreichtum ist ein Geschenk Gottes! Und der Fleiß von drei Generationen hat den Schatz unserer Wasserkraftwerke geschaffen. In diesen wird nicht nur umweltfreundlich, sondern vor allem nachhaltig = krisensicher (!) saubere Energie erzeugt. Und billig auch noch! Weitestgehend ausfinanziert, fallen im wesentlichen nur noch Erhaltungs-, Verbesserungs- und Betriebskosten an.
Wasserkraftanlagen sind zudem für eine sehr lange Betriebszeit von bis zu hundert und mehr Jahren ausgelegt, sind sicher im Betrieb, können, wenn sie zu erneuern sind, auf die einfachste, billigste und verläßlichste Weise entfernt, entsorgt und neu errichtet werden. So etwas - etwa vergleichbar mit seinem Wald - verkauft der Bauer nur, wenn er am „Abhausen“ ist. (...)
Die aktuelle Preisentwicklung auf dem Energiesektor deutet auf künftig weitere (...) Preissteigerungen für jede Form von Energie. Die im Eigentum des Staates – noch mehrheitlich! – befindlichen (Wasserkraft-)Anlagen werden also nicht nur künftig stark im Wert steigen, sondern die Erlöse aus dem erzeugten und verkauften Strom ebenfalls, somit auch die Gewinne, nachdem ja keine grundsätzlichen Investitionen zu tätigen sind. Diese Anlagen gegen welche Summe Geldes immer einzutauschen widerspräche jeder ordentlichen Geschäftsgebarung - einmal abgesehen von allen Risken und Unsicherheiten der Veranlagung eines Verkaufserlöses, welche durch die aktuelle „subprime“-Krise anschaulich dargestellt werden.
Deshalb noch einmal, sehr geehrter Herr Vizekanzler und Finanzminister, Ihnen und Ihrer Partei ins Stammbuch: Hände weg vom Verbund – es ist in den Landes-EVUs (und damit ohnehin bereits auch am Verbund; s. auch unten: LH Haider) bereits genug Unheil angerichtet worden – jetzt und in Zukunft!

Peter Aigner
Metnitz 10, 9813 Möllbrücke

(cc u.a. an die Kleine Zeitung; LH Dr. Jörg Haider mit der höflichen Erinnerung, „auf meinen offenen Brief vom 1. April 2008 betreffend Verkauf von Landesanteilen an der KELAG öffentlich zu antworten“.)

LESEN keine PLAGE

Studie: Erneuerbare sichern Frieden

Der globale Energiebedarf steigt, die Energie-Rohstoffe verknappen. Das aus dieser Schere resultierende Konfliktpotenzial sowie die möglichen Konsequenzen für die Sicherheit Deutschlands analysiert die Studie „Die sicherheitspolitische Bedeutung erneuerbarer Energien“ eingehend. Die vom deutschen Umweltministerium veranlasste Untersuchung beleuchtet nahezu alle sicherheitsrelevanten Aspekte der Energieversorgung – Terroranschläge auf Atomkraftwerke, Verteilungskämpfen infolge der Rohstoffverknappung usw. Veranschaulicht werden die Einschätzungen der Autoren mithilfe zahlreicher Daten und Beispiele aus der Zeitgeschichte.
Die Studie ist aufschlussreich und beunruhigend zugleich. Denn sie verdeutlicht, welche Gefahren dem Frieden und der Sicherheit in Europa durch die zunehmende Rohstoffverknappung und die Nutzung von Atomenergie drohen. Daher empfehlen die Autoren der Politik, nicht nur die erneuerbaren Energien zu stärken, sondern auch das Thema Sicherheit bei Energie- und Umweltfragen stärker in den Blickpunkt zu rücken. Allerdings belässt es die Studie bei allgemeinen Handlungsvorschlägen und spart mit konkreten Ideen.

Adelphi Consult & Wuppertal Institut: **Die sicherheitspolitische Bedeutung erneuerbarer Energien.** Berlin 2007, 167 S. Herunterladen unter www.bmu.de/erneuerbare_energien/downloads/doc/20375.php

(Quelle: Sonne Wind Wärme 3/2008)

Die PLAGE dankt Stadt und Land Salzburg für die Förderung 2008. Hervorheben möchten wir, daß Umweltschutzlandesrat Walter Blachfellner im ersten Jahr seiner Tätigkeit bereit war, erstmals seit Jahren die Subvention des Landes für die atomkritische Arbeit von 16.000 auf 18.000 Euro zu erhöhen. Damit ist die Inflation über die Jahre berücksichtigt und die Förderung wieder so viel wert wie ursprünglich.

STADT : SALZBURG Magistrat

Land Salzburg
Für unser Land!

PLAGE-Lauf „Raus aus EURATOM“ um den Wolfgangsee

Zusammen mit *atomstopp_oberösterreich* hat die *Salzburger Plattform gegen Atomgefahren* die Forderung nach Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag initiiert. Vor ca. 6000 Leuten trugen am 19. Oktober Aktivisten und Sympathisanten der PLAGE die Botschaft „Österreich raus aus EURATOM!“ beim Lauf um den Wolfgangsee. Mehrere liefen die gesamten 27 Kilometer, andere zehn oder fünf Kilometer. Das Echo war wieder bestens. Mir wurde wieder einmal vor Augen geführt, wie wenig die Bürger von EURATOM wissen. Doch schon bei nur kurzer Erklärung waren die Reaktionen ausschließlich positiv.

Österreich zahlt weit über 40 Millionen Euro jährlich für die europäische Atomindustrie ein. Diese Ausgaben sind sinnlos und gehören sofort gestoppt. Das weltweite Platzen der Spekulationsblase darf nicht verschärft werden durch Milliardenzahlungen an die Atomindustrie, die sich ohne staatliche Unterstützung wirtschaftlich nicht über Wasser halten kann. Die Gelder müssen endlich ausreichend in die Entwicklung und Förderung umweltfreundlicher Energieformen gesteckt werden.

Laufen gegen Euratom ist auch ein Zeichen für die verantwortlichen Regierungsmitglieder, dass sie sich endlich bewegen müssen und nicht den Start verschlafen sollten.

Thomas Neff, Aktionsleiter

Ausdauernd gegen EURATOM! Die 12 Läuferinnen und Läufer nach der Umrundung des Wolfgangsees. Sechs weitere Personen betätigten sich als Betreuer/innen u.ä. - EURATOM ist die Privilegien-Burg der Atomindustrie in der EU. Ihre Grundfeste ist der EURATOM-Vertrag - unverändert seit 1957, als Atom-Euphorie herrschte. Österreich muß aus dieser Burg ausbrechen! Vor 30 Jahren: mit der Zwentendorf-Volksabstimmung raus aus der Atomnutzung; heute: raus aus EURATOM, dem Atom-Knebelvertrag.

Plage AKTiV

Wer Interesse an der PLAGE Aktions-Laufgruppe hat, möge sich bei Thomas Neff (06216 / 7745) oder im PLAGE-Büro melden.

Nr. 1

Solarkocher-Billets

Auch dieses Jahr können Sie die Solarkocher-Billets bei der PLAGE bestellen. Sie erwerben damit nicht nur stimmige Weihnachtsbillets: mit jedem Kauf helfen sie, das Leben indischer Frauen und Kinder zu erleichtern und ihnen mühevolles, stundenlanges Brennholzsuchen zu ersparen. Und die Vegetation zu schonen. Eine Karte kostet € 2; mit farblich passendem Kuvert € 2,50. Beziehbar im PLAGE-Büro oder online unter www.plage.cc/solarcard.

Nr. 2

Nr. 3

Nr. 4

Nr. 5

Bei Bestellung bitte Karten-Nummer angeben.

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

Die Plage News (PN) erscheint mindestens 4 mal pro Jahr,die genaue Zahl und Erscheinung variieren aber aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

P L A G E
Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).
Homepage: www.plage.cc

IMPRESSUM

PLATTFORM NEWS

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: Heinz Stockinger, Peter Machart, Maria Fellner, Thomas Neff. Vereinsadresse, Redaktion: 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567. Bürozeiten: Mo–Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.cc. Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen. Herstellung: Bubnik-Druck, Ebenau